

## Landesbezirkstag KAB Saar am 26.10.2019/Studienteil zum Doppelbeschluss 2016

Günther Salz

### Inhaltliche Einführung:

#### Wie kam es zum Doppelbeschluss und was ist sein Sinn und Inhalt?

Der Doppelbeschluss von 2016 ist eine Erweiterung des Vorgängerbeschlusses von 2012. Schon damals hatten wir uns vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 ff. im Rahmen des vierteiligen Kapitalismus-Kurs von 2011-Anfang 2013 mit grundlegenden Fragen und Kategorien der „kapitalistischen Wirtschaftsweise“ befasst. Der Würzburger Beschluss der KAB-Deutschlands von 2011 hatte die Soziale Frage bereits um die Ökologische Frage mit dem Motto „Fair teilen, nachhaltig leben und arbeiten“ erweitert. Mit diesem Beschluss wurde auch die Frage nach einem anderen Wirtschafts- und Wohlstandsmodell auf die Tagesordnung gesetzt.

Deshalb sahen wir es 2012 als unumgänglich an, unsere klassische Sozialpolitik um Fragen nach dem systematischen Zusammenhang der sozialen und ökologischen Probleme zu erweitern. So kamen wir zum damaligen Doppelbeschluss, der die Spannung zwischen Realpolitik und Systemkritik bzw. Systemveränderung in den Mittelpunkt stellte. Da dieser Leitantrag auf dem Diözesantrag 2012 zwar mit großer Mehrheit beschlossen wurde, aber nicht ausführlich diskutiert werden konnte, waren offensichtlich viele Fragen dazu unbeantwortet geblieben. So blieb der Beschluss quasi in der Schublade liegen.

Das wollten wir ändern. Also haben wir uns im Laufe des Jahres 2016 den Leitantrag von 2012 wieder vorgenommen, um ihm mehr Leben einzuhauchen. Inzwischen hatten sich auch die Widersprüche kapitalistischer Globalisierung in Form von anhaltender Naturzerstörung, größerer Ungleichheit, steigender Armut, wachsender Staatsverschuldung, Überschuldung südeuropäischer Staaten bis hin zum Zerfall ganzer Staaten in Afrika und im Nahen Osten mit der Folge anschwellender Flüchtlingsströme verschärft:

Wir mussten feststellen, dass die Politik nicht in der Lage war, grundlegende Alternativen zu formulieren. Sie hielt unbeirrbar an ihrem Mantra von Arbeit und Wachstum fest - und das bis heute, trotz des beängstigenden Klimawandels.

In dieser Situation hielten wir es - Zitat aus Doppelbeschluss 2016 - für „dringend angeraten, den realpolitischen Bereich der KAB zu überprüfen und zu aktualisieren und den Blick gleichzeitig auf das kapitalistische Ganze hin zu erweitern und die Systemfrage anzugehen.“ Darin fühlten wir uns auch durch die beiden Schriften „Evangelii gaudium“ und „Laudato si“ von Papst Franziskus bestärkt. Damit komme ich jetzt zu einigen wesentlichen Aussagen des **Doppelbeschlusses von 2016**.

Ich gehe davon aus, dass ihr den Beschluss kennt, zumindest einmal überflogen habt. Deshalb mache ich es kurz: Auf S. 2 haben wir einige Erscheinungen der wachsenden Unordnung in der Welt, eben die, die ich gerade genannt habe, aufgeführt.

Auf S. 3 oben wird festgestellt, dass es mit persönlichen Verhaltensänderungen und Realpolitik allein nicht getan ist, sondern dass sie Teil eines Systemwechsels sein müssten. Und genau die Spannung zwischen beidem haben wir mit dem Doppelbeschluss aufgegriffen. Das ist das Thema von heute. Auf derselben Seite sind dann einige aktuelle und klassische realpolitische Forderungen der KAB aufgelistet. Auf Seite 4 ergeht ein Appell an uns selber, nämlich auf Basis einer gründlichen Analyse Ansätze zu entwickeln, die auf eine

nachhaltige und alternative Vergesellschaftungsform abzielen. Auf den Seiten 4 und 5 werden abschließend einige wichtige Elemente der Herangehensweise vorgestellt und Umsetzungsvorschläge gemacht.

## **Positionen zur Spannung von KAB-Realpolitik und Systemveränderung**

Kommen wir jetzt zur Diskussion des Verhältnisses von Realpolitik und Systemveränderung. Hierzu wird Ruth einleitend die Bedeutung von Realpolitik darlegen.

**Ruth Mareien de Bueno:**

### **Warum ist mir/der KAB Realpolitik wichtig?**

Die Realpolitik ist uns als KAB wichtig, weil wir – solange wir in diesem System leben – in den politischen Kontexten Einfluss nehmen und wieder mehr gewinnen müssen.

Und weil wir es als KAB können und gelernt haben, auch wenn es heute wichtig ist, sich noch viel intensiver mit den Zusammenhängen unserer Welt und Systematiken auseinander zu setzen, aber das ist ja Günthers Part. 😊

Gespräche mit unseren Politiker\*innen sind wichtig, damit sie uns a) kennenlernen und b) eine Sensibilität für unsere Themen erlangen und diese in ihre programmatische Arbeit einfließen lassen können.

Für heute habe ich aus unserem Doppelbeschluss einige Punkte heraus gegriffen, wo es uns als KAB unerlässlich erscheint zu handeln und dran zu bleiben:

- für einen gerechten Lohn und angemessene soziale Sicherung
- für eine Existenz- und Mindestsicherung, von der die arm Gemachten menschenwürdig leben können - seien es Einheimische oder Fremde
- für eine Verteilung des vorhandenen Reichtums, die die soziale Spaltung und Ausgrenzung so weit wie möglich reduziert
- für den Erhalt von Sonn- und Feiertagen sowie für eine Begrenzung der Ladenöffnungszeiten
- für spürbare Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich

und darüber hinaus einen Punkt, der im Doppelbeschluss aus gutem Grund nicht vorkommt, nämlich die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen.

An vielen der oben genannten Punkte arbeiten wir als KAB von Ortsebene bis hin zur Bundesebene:

**Gerechte Entlohnung:** Wir haben zusammen mit den Gewerkschaften (und auch mit CDA und SPD) für den Mindestlohn gekämpft. Zurzeit liegt er bei 9,19 €. Armutsfest ist dieser Mindestlohn nicht, aber er ist da, denn immerhin war Deutschland bis 2017 eines der Schlusslichter in Europa in Sachen Mindestlohn. Um die Lebenssituation der Arbeitnehmer\*innen noch zu verbessern fordert die KAB einen Mindestlohn von 13,69 €, der immer noch nicht armutsfest ist. Damit sind wir mal wieder weiter links als „Die Linke“, die sich nur auf 13,00 Euro einigen konnte.

**Soziale Sicherung:** Hier sind wir seit vielen Jahren mit unserem Rentenmodell unterwegs, das

bei Politiker\*innen auch auf positive Resonanz stößt, aber als schwer umsetzbar beschieden wird. Dennoch müssen wir hier zusammen mit den anderen katholischen Verbänden dran bleiben. Gerade hierzu hat Sahra Wagenknecht gestern gesagt, dass unser gesamtes Rentensystem umgestrickt werden muss und ALLE (auch Beamte und Politiker) in die Rentenversicherung einzahlen müssen.

Gerechter Lohn und gleicher Lohn für Männer und Frauen, wofür wir jedes Jahr noch immer auf die Straße gehen müssen am Tag für Lohngerechtigkeit (auch als Equal Pay Day bekannt);

Transaktions- bzw. Spekulationssteuer für eine gerechte Verteilung des Reichtums;

Die soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit so gestalten, dass Menschen nicht auf Tafeln angewiesen sind.

All das sind Themen an denen wir langfristig weiter arbeiten müssen und die, wie wir später noch sehen werden, vielleicht sogar einen utopischen Überschuss in sich tragen.

**Günther Salz:**

### **Zur Spannung von Realpolitik und Systemveränderung**

Zunächst möchte ich die **Grenzen** der Realpolitik anhand einiger Beispiele beleuchten:

1. Der Kampf um bzw. der Glaube an menschenwürdige Arbeit im Kapitalismus

Wir beklagen seit Bischof Ketteler und Rerum Novarum, dass die Arbeit zu einer Ware geworden ist und fordern seitdem menschenwürdige, gute Arbeit ein. Dieses Ziel halten wir für erreicht, wenn unsere Erwerbsarbeit anständig bezahlt wird, unbefristet und sozial abgesichert ist und persönliche Entfaltungsmöglichkeiten gegeben sind. So weit so gut. Aber wir blenden dabei aus, dass Arbeit im Kapitalismus nur Mittel zum Zweck einer maßlosen, rastlosen, ziel- und endlosen Kapitalvermehrung ist. Und diesem irren Zweck werden auch die hergestellten Güter und die Natur als unsere Lebensbedingung unterworfen.

Wir blenden aus, dass die Arbeit in ihrer abstrakten Form Teil eines realen, aber unsichtbaren, zwanghaften Vermittlungszusammenhangs ist, den man den „Wert“ nennt. Wir sehen aber immer nur die Erscheinungsseite, die konkrete Arbeit. Die Doppelseitigkeit der Ware und der Arbeit erkennen wir nicht. So geben wir uns mit dem was erscheint, zufrieden oder kritisieren, wenn die Arbeit nicht den Kriterien „Guter Arbeit“ genügt. Wir fordern für die prekär Beschäftigten einen armutsfesten Mindestlohn und für die übrigen Lohnarbeiterinnen und -arbeiter einen gerechten Anteil an der Wertschöpfung.

Verteilungspolitisch muss das auch sein, aber die Reichweite und Tiefe dieser Politik ist beschränkt. Das möchte ich am Beispiel von Mindestlohn und Lohnpolitik deutlich machen.

2. Die Grenzen von Mindestlohn und Lohnpolitik

Als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind wir „abhängig Beschäftigte“. Das ist ein erhellendes Wort. Denn wir sind als Lohnempfänger abhängig vom Kalkül und Erfolg unseres „Arbeitgebers“. Nur er besitzt als Privateigentümer die Produktionsmittel und kann sich den Mehrwert unserer Arbeit aneignen. Damit geben die Arbeitnehmer, die ja eigentlich die Arbeitgeber sind, ihren Anspruch auf den von ihnen geschaffenen Reichtum auf. So entsteht Ungleichheit. Zugleich wird der Status der Lohnabhängigkeit zementiert: Der Kapitalist bleibt Kapitalist und der Arbeiter bleibt Arbeiter. Da ihm die Produkte seines Schaffens nicht gehören und er den Zweck der ganzen Veranstaltung nicht bestimmen kann, ist er von

seinen Verwirklichungsbedingungen getrennt und entfremdet: Die Produkte gehören ihm nicht und auch die Tätigkeit des Produzierens ist ihm äußerlich. Die Arbeit ist zum bloßen Mittel geworden, Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen. So ist ihm das menschliche Gattungswesen entfremdet und damit auch der Mitmensch und die Natur.

Unter diesen Umständen, die bis heute trotz aller Sozialstaatlichkeit andauern, ist die Beschränkung auf den Lohnkampf und die direkten Arbeitsbedingungen ein gesellschaftlicher Rückgang, weil das gerade Gesagte nicht mehr mitgedacht wird. Und das hat Konsequenzen: Da Arbeitslohn und Privateigentum zwei Seiten einer Medaille sind - und jetzt zitiere ich Marx - wäre auch „eine gewaltsame Erhöhung des Arbeitslohns ... nichts als eine bessere Salairierung der Sklaven und hätte weder dem Arbeiter noch der Arbeit ihre menschliche Bestimmung und Würde erobert.“ (Marx-Engels-Werke 40, S.520f.) Das sollten wir als KAB bedenken.

### 3. Die Grenzen der Mitbestimmung

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, dass auch die Mitbestimmung in den Betrieben mehr als dürftig ist. Michael Schäfers hat dazu einen schönen Artikel im neuen Arbeits- und Lesebuch „Zukunft der Arbeit“ geschrieben. Darin führt er aus, dass selbst dort, wo es noch die Tarifbindung der Unternehmen und Betriebsräte gibt, deren Befugnisse und Rechte beschränkt sind. Bei grundlegenden Entscheidungen wie z.B. bei der Rechtsform von Unternehmen, bei der Art und Weise des Produzierens, bei Standortverlagerungen oder beim globalen Outsourcing werden die Betriebsräte vielleicht informiert, aber nicht wirklich beteiligt. Wie lief das z.B. mit der Digitalisierung und der Industrie 4.0? Hat dabei irgendeiner die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefragt, ob sie das wollen? Eher nicht! Die internationale Konkurrenz hat das dem Kapital und dieses der Arbeit aufgezwungen.

### 4. Grenzen der Forderung nach Lohn- bzw. Geschlechtergerechtigkeit

Wenn das Lohnverhältnis an sich untergeordnet und entfremdet ist, ist davon auch der Kampf um Gleichstellung der Geschlechter in der Arbeitswelt (und darüber hinaus) betroffen. Aber nehmen wir doch einmal an, wir hätten Erfolg gehabt. Männer und Frauen würden für die gleiche Arbeit gleich bezahlt. Wäre damit aber auch schon die fremdbestimmte Lohnarbeit überwunden? Nein. Nehmen wir an, es gäbe gleich viele Frauen wie Männer in Führungspositionen. Wäre damit schon der Zwang zur Profitmaximierung und die Konkurrenz auf dem Markt aufgehoben? Offensichtlich nicht. Nehmen wir weiter an, es gäbe gleich viele weibliche und männliche Generäle in der Bundeswehr. Wären damit Rüstungswettlauf und Kriegsgefahr beseitigt? Die Antwort ist nein, auch wenn der derzeitige Verteidigungsminister eine Frau ist.

Im Ernst: Angesichts der Durchdringung der kapitalistischen Markt- und Profilogik durch Wirtschaft, Politik und Alltagsleben sind wir gezwungen, neu über unsere Realpolitik, besonders aber über wirkliche Alternativen zur herrschenden Produktionsweise nachzudenken. Aber auch die Frage, wie wir von dem einen zum anderen kommen, ist wichtig. Und dabei kann eine neue Realpolitik mit „utopischem Überschuss“ eine Rolle spielen! Diese neue Realpolitik geht den Ursprüngen der aktuellen Konflikte auf den Grund und erweitert die Konfliktlinien und Bruchstellen hin zum kapitalistischen Ganzen. Ich möchte dies exemplarisch an den drei besprochenen Politikfeldern verdeutlichen. Zunächst zu den Lohnkämpfen.

## Beispiele für Realpolitik mit „utopischem Überschuss“

### 1. Das emanzipatorische Potential von Lohnkämpfen/Streiks

Dass wir überhaupt ein „Lohnverhältnis“ haben, geht auf die Ursünde des frühen Kapitalismus, nämlich die große Enteignung der ursprünglichen kleinen Produzenten, also Bauern, Landleuten und Handwerkern, von ihren Produktionsmitteln und den Gemeindeweiden aus. Daraus entstand der Typus des doppelt freien Lohnarbeiters, der zwar frei von feudalen Bindungen war, aber auch frei von Produktionsmitteln. Damit wurde die Klassengesellschaft begründet, die heute noch existiert, ebenso wie Enteignung und Privatisierung durch „Landgrabbing“. Das schildert z.B. der Forstwissenschaftler Oliver Pye von der Uni Bonn, anhand der massenhaften Verwandlung von Kleinbauern und Landlosen in Lohnabhängige im Zusammenhang mit der Palmölindustrie in Südostasien. Dort ging es dann immer nur um höhere Löhne, auch durch Lohnkämpfe in Form von wilden Streiks. Aber gerade hier, so Oliver Pye, würde die Saat für weitergehende Forderungen und künftige Emanzipation gelegt. Denn mit den Streiks wird 1. die Kapitalakkumulation bzw. die Ausbeutung kurzzeitig unterbrochen und 2. die Entfremdung ansatzweise überwunden. Die Arbeiter verkaufen nicht mehr ihre Arbeitskraft, sondern setzen ihre Fähigkeiten für selbstbestimmte Prozesse, wie den Streik, ein.

Etwas Ähnliches habe ich selbst bei Amazon in Koblenz erlebt. Dort hingen an den Streiktagen Mengen von Karten mit persönlichen Erfahrungen und Empfindungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Wänden. Darauf konnte man lesen, was für eine Arbeit und was für ein Leben sie sich wünschen. Es war ein Stück Sonntag, mitten am Werktag. Ein Tag, an dem die Herrschaft des Herrn über seine Arbeiter ausgesetzt war und man Mensch und nicht bloß Arbeitskraft sein konnte. Vielleicht können wir als KAB z. B. die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter bei Riva in Trier oder andere dabei unterstützen, emanzipatorische Fragen und Wünsche zu entwickeln.

### 2. Die Grenzen der Mitbestimmung überwinden

Das könnte z.B. anhand der Grenzen der Mitbestimmung passieren. Hier wäre die erste Forderung, das Privateigentum an Produktionsmitteln aufzuheben zugunsten individueller und kollektiver Selbstbestimmung all derer, die an der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums beteiligt sind. Dann können auch grundlegende Betriebsentscheidungen gesellschaftlich getroffen werden. Anregend ist in diesem Zusammenhang der Ansatz von Prof. Hengsbach, der bei unserem Workshop gefordert hat, alle an der Wertschöpfung Beteiligten, also nicht nur Kapital und Arbeit, sondern auch Staat und Gesellschaft sowie die Natur einzubeziehen. Hierfür könnte zum Beispiel die alte Idee von Wirtschafts- und Sozialräten wieder belebt werden - ergänzt um neue „Naturräte“. Das wäre auch für eine Regionalisierung der Produktion günstig.

### 3. Geschlechtergerechtigkeit

Damit kommen wir zu einem neuen Verhältnis der Geschlechter bzw. zum Verhältnis von Produktion und Reproduktion. Denn ersteres geht nicht ohne letzteres. Das Leben besteht nicht nur aus Arbeit und Wertschöpfung, sondern aus all dem, was dieses nicht repräsentiert und Leben erst möglich macht. Im Kapitalismus aber ist Produktion/Betriebswirtschaft von der Reproduktion/Hauswirtschaft und Freizeit getrennt. Und gerade diese Abspaltung muss in einer künftigen Gesellschaft aufgehoben werden. Ein wichtiges Mittel hierzu wäre eine kollektive Arbeitszeitverkürzung. Dann wäre ein Miteinander der verschiedenen Tätigkeiten

leichter möglich. Auch eingefleischte Männer ändern dann ihr Verhalten. Das wurde z.B. bei VW in Emden nachgewiesen, die für eine längere Zeit die 4-Tage-Woche hatten. Dabei kamen auch Männer an Freitagen auf die Idee, nicht nur ihr Auto, sondern auch ihre Kinder zu waschen und einkaufen zu gehen. Das Buch, in dem dies beschrieben wird, hat denn auch den schönen Titel: „Zwischen Volks- und Kinderwagen.“

Aber Arbeitszeitverkürzung allein würde die entfremdeten Lohnverhältnisse auch nicht aufheben. Einen emanzipatorischen Gehalt erhält die Forderung aber dann, wenn sie auf die Überwindung des Wertverhältnisses und der davon abgetrennten Reproduktion gerichtet ist. Es geht also um das Ganze des Kapitalismus.

Was eine Gesellschaft jenseits von Wert und Abspaltung kennzeichnen würde, möchte ich abschließend umreißen. Bekanntlich hat Marx in seinem Kapital von einem „**Verein freier Menschen**“ gesprochen, die „mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben.“ So ist auch das Gesamtprodukt ein gesellschaftliches Produkt. „Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution.“ (Verteilung, G.S.; Marx-Engels-Werke 23, S.92f.). Die Einfachheit und Durchschaubarkeit ist ein wesentliches Kriterium einer neuen Gesellschaft. Denn sie bedeutet, dass der Fetischismus von Arbeit, Kapital, Ware und Geld überwunden und der Bann, der über den kapitalistischen Menschen liegt, gebrochen ist. Wenn die Herrschaft, gleich ob in personaler oder in abstrakter Form, abgeschafft ist, können die Menschen aufatmen und ihre Geschichte zum ersten Mal selber machen. Eine Vorschau auf den „Verein freier Menschen“ haben wir im jüdischen Sabbat und im christlichen Sonntag, einem Tag ohne Herrschaft, einem Tag für Gott und die Menschen. Ein Tag in dem auch die Tiere und die Natur zu ihrem Recht kommen.